

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

april 71 nr 41

mein marx wird deinem marx
den bart ausreißen

mein engels wird deinem engels
die zähne einschlagen

mein lenin wird deinem lenin
alle knochen zerbrechen

unser stalin wird eurem stalin
den genickschuss geben

unser trotzki wird eurem trotzki
den schädel spalten

unser mao wird eurem mao
im jangtse ertränken

damit er dem sieg
nicht mehr im wege steht

erich fried

1. Mai 1971	3
Zur "neuen" Politik der VDS (MLS)	6
Semmeringtagung	17
2-307-435	19
Bericht: IdK-Kongreß	20
Bundesheer	22

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der Freien Österreichischen Jugend (Bewegung für Sozialismus) - Wien.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Freie Österreichische Jugend, für den Inhalt und die Vervielfältigung verantwortlich: Alfred Prandl, alle Wien 1040, Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52
Kontonummer: 2-307-435 Länderbank, Wien.



Die Kritik an den gewohnten Aufmärschen zum 1. Mai, insbesondere unter der Jugend, die sich revolutionären Ideen und der Arbeiterbewegung verbunden fühlt, wird zunächst einmal mit formalen Einwänden in Zusammenhang gebracht: das einst kämpferische Auftreten der Arbeiterschaft am 1. Mai sei kollektiven Ring-Straßen-Spaziergängen gewichen, es haben den Charakter von Prozessionen, von faden Umzügen angenommen. Die Kritik, die hier an Äußerlichkeiten ansetzt, bleibt konfus, wenn sie ihren Gegenstand, den internationalen Kampftag der Arbeiterschaft, nicht vom Inhalt her erfaßt.

Die 1. Mai-Aufmärsche in Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, Kalkutta, Budapest oder Moskau, eben Demonstrationen mit Massencharakter, weisen von ihrem formalen Ablauf her gesehen wenig Unterschiedlichkeit auf.

Die ersten augenfälligen Unterschiede äußern sich im qualitativen Ausmaß der jeweiligen Aufmärsche, je nachdem, wie "machtvoll" sie also nach der Teilnehmerzahl erscheinen: Wenn in Turin zehntausende Arbeiter unter roten Fahnen und kämpferischen Parolen marschieren, macht es vorweg einen anderen Eindruck auf die "Passanten" wie auf die Manifestanten selbst, als wenn bei-

spielsweise in Wien einige tausend Unentwegte an der Parteiprominenz vorbeidefilieren. Der eigentliche Unterschied jedoch wird erst ersichtlich, qualitativ feststellbar, wenn wir einen kurzen, vielleicht von nur einigen hundert entschlossenen Arbeitern formierten Zug in Bilbao sehen, der wenige Zeit später von Francos Bereitschaftspolizei auseinandergesprengt wird: hier ergab sich eine Kampfdemonstration wie von selbst, aus der Situation heraus, in der die Arbeiter in Spanien sich befinden, aus dem Bewußtsein der von der akuten politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung Betroffenen, aus den Sanktionen, mit denen der geringste Widerstand, der Versuch der Auflehnung belegt werden.

Zur Zeit der Kulturrevolution in China, da hunderttausende Jugendliche von einer das ganze Land überflutenden Welle politischer Diskussionen und Auseinandersetzungen mitgerissen waren, hatte der Charakter der Mai-Aufmärsche eine völlig andere politische Färbung und Bedeutung als es etwa heuer der Fall sein dürfte. Nicht zu reden von den bis zum Überdruß sich gleichenden Mai-Umzügen in Berlin, Sofia, Leningrad, um nur einige Städtenamen unter den vielen herauszu-

greifen. Wer erinnert sich noch an den Mai-Aufmarsch in Prag 1968? Welche Spontaneität des Jubels, des Hochgefühls, von einem politischen Bewußtsein getragen, das für kurze Zeit zu sich gekommen war!

Der Charakter einer 1. Mai-Demonstration wird also generell vom politischen Gehalt her bestimmt. Wie schaut es damit in Österreich aus?

Hier müssen wir uns für einen Augenblick die Politik der SPÖ und der KPÖ in Erinnerung rufen. Auf der einen Seite die bis zur letzten Konsequenz durchgeführte Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft, auf der anderen Seite das völlige Fehlen einer Alternative zur SPÖ-Politik, die Unfähigkeit, eine autonome, den österreichischen Verhältnissen Rechnung tragende, sie gleichzeitig übersteigende revolutionäre Strategie zu erarbeiten. Diese Politik konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Bewußtsein der jeweils angesprochenen Arbeitermassen oder -gruppen bleiben, sie war ein dialektisches Produkt von objektiven gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und ihrer opportunistischen politischen Umsetzung auf beiden Seiten.

Heute sind wir in Österreich mit einer bevölkerungsmäßig alle ande-

ren Gesellschaftsschichten weit überragenden Arbeiter- und Angestelltenschaft konfrontiert, deren politisches Selbstverständnis weitgehend gestört ist. Das bißchen Glück, die holde Bescheidenheit, die Klein-aber-mein-Mentalität sind als Ideologieersatzstücke an die Stelle bewußter politischer Haltung und Überzeugung getreten.

Daran wird vorläufig weder gutes Zureden, noch allzuweit vorgeplantes isoliertes Handeln einiger weniger etwas ändern. Die erstarrten Fronten müssen auf der Ebene des Lohnkampfes ebenso wie auf der politischen Szenerie in Bewegung geraten. Solche Tendenzen zu unterstützen, zu forcieren ist unsere unmittelbare Aufgabe. Entscheidend dabei sind Polarisierungsprozesse innerhalb der traditionellen Großparteien, SPÖ und ÖVP. Ebenso wichtig ist für uns die Gewinnung und Neumobilisierung jener hunderten und tausenden ehemaligen Mitglieder der KPÖ, die von der Politik ihrer Partei enttäuscht, ohne die Möglichkeit, sich anderswo anzuschließen, sich immer mehr in die private Sphäre zurückziehen.

Durch die hinlänglich bekannten administrativen und bürokratischen Praktiken des KP-Apparats entstand für die Genossen in Wiener Neustadt jüngst eine Situation, die die willkürliche und undemokratische Absetzung der ganzen Bezirksleitung von "oben" herausgefordert hat und in der Folge zu weiteren Ausschlüssen bzw. Austritten führen könnte. Grotesk und unglaublich mutet der Stein des Anstosses zu dieser Entwicklung an: nach fünf Jahren rief die Wiener Neustädter Parteileitung heuer wieder zu einer 1. Mai-Kundgebung auf. Die Redner Organisatoren und Aktivisten - allesamt demokratisch von unten gewählt und wiederholt bestätigt sind jedoch der Parteispitze nicht genehm. Daher ging sie sogar soweit, die angemeldete Demonstration bei den Polizeibehörden in Wiener Neustadt s t o r - n i e r e n zu lassen.

WIR FAHREN IN EINEM GESCHLOSSENEN AUTOKONVOI VON WIEN NACH WIENER NEUSTADT

**AUTOBESITZER BITTE MELDEN !
TELEFON 65 19 52**

**TÄGLICH WERDEN IN DER BELVEDE-
REGASSE TAFELN UND TRANSPAREN-
TE ANGEFERTIGT - BITTE MITHEL-
FEN !**

TREFFPUNKT:

**7 UHR - WESTBAHNHOF, PARKPLATZ
FELBERSTRASSE ODER**

**8 UHR - TRIESTERSTRASSE, PARK-
PLATZ PHILIPS-HAUS
ODER**

**9 UHR - WIENER NEUSTADT, JOSEF-
STADT, MIESELGASSE**

Der 1. Mai-Aufmarsch in Wiener Neustadt wird jedenfalls stattfinden!
Er wird nicht mehr von der KPÖ Wiener Neustadt organisiert und durchgeführt, sondern von etlichen Gruppierungen, Organisatio-

nen und Einzelnen initiiert, deren gemeinsame Plattform darin besteht, am 1. Mai ihre sozialistische Gesinnung, ohne die eine oder andere Form des Opportunismus, zu manifestieren. Sie verfaßten folgenden Aufruf:

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Seit acht Jahrzehnten ist der 1. Mai der internationale Kampftag der Arbeiterbewegung. Ursprünglich Kampfkundgebung, wird er heute in Österreich als Festzug, als Prozession, als Traditionsfeier begangen.

Was soll man in diesem Jahr am 1. Mai machen?

Mit der SPÖ, die als Regierungspartei der Sozialpartnerschaft treu geblieben ist und die 1.-Mai-Aufmärsche als lästige Verpflichtung empfindet, kann ein Linker nicht gehen. Kann man aber mit der KPÖ gehen, die jede autonome Stellungnahme aufgegeben und alle Untugenden einer bürokratisch-administrierenden und repressiven Staatspartei angenommen hat?

Wir wollen am 1. Mai eine sozialistische Kampf- und Gesinnungskundgebung durchführen.

Für eine sozialistische Menschheit!
Für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz!

Dieser Aufruf zeigt, daß bei der 1.-Mai-Demonstration in Wiener Neustadt ein erster konkreter Schritt zur Entwicklung einer autonomen sozialistischen Politik gesetzt werden könnte, obwohl die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Initiatoren im Verhältnis zur KPÖ derzeit noch keine weiterreichende Alternative aufzeigt.

Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus wird sich daran als autonome Organisation beteiligen. Sie wird die Möglichkeit haben, mit eigenen Losungen, eigenen Rednern, mit ihren politischen Vorstellungen vor die Öffentlichkeit zu treten.

Demonstriert mit uns am 1. Mai in Wiener Neustadt!



GEGEN

Sozialpartnerschaft

Militarismus und Obrigkeitsstaat

US-Imperialismus

die Diktatur und Großmachtpolitik der Bürokratie im Namen des Sozialismus



FÜR

Arbeiterkontrolle

Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche

den Sieg der nationalen Befreiungsbewegungen

sozialistische Demokratie

Zur „neuen Politik“ der VDS (MLS)

VON HANS MARGULIES UND ZSOLT PATKA

V o r b e m e r k u n g :

Nachfolgender Text ist im Entwurf bereits im Jänner 1971 vorgelegen. Die Fertigstellung der endgültigen Fassung, ihre Veröffentlichung wurden durch weitaus wichtigere Aufgaben der täglichen Praxis aufgeschoben. Die Verspätung bringt Vorteile mit sich. Bestimmte Tendenzen der "neuen" Politik der VDS/MLS lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits verifizieren.

Es genügt, zwei Beispiele anzuführen: war die Politik der VDS zur Zeit der Hochschulwahlen noch zwiespältig, wenn auch im ganzen einem gemeinsamen Konzept entsprechend, so ist das Auftreten eines Teils der MLS beim IdK-Kongreß Ausdruck der totalen Konfusion innerhalb der VDS/MLS selbst. Die Spaltung des Roten Schülerbundes an der Frage, welche Haltung gegenüber dem Kongreß einzunehmen sei, geht bei der VDS/MLS vorerst nach innen. Es vertieft die an und für sich schon gravierenden Widersprüche noch mehr und läßt eine neuerliche Auseinandersetzung der verschiedenen Fraktionen - im ideologischen Gewande - in naher Zukunft als wahrscheinlich erscheinen. Die Stellungnahme der VDS/MLS und eines Teils des RSB zum IdK-Kongreß ist schwer unter anderen als klinischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Aus dem Zusammenhang gerissene Lenin-Zitate, Gegeifer, das vor dem Gebrauch der ursprünglich auf die Nazis und Faschisten gemünzten Definition "wildgewordene Kleinbürger", als welche " b ü r g e r l i c h e *) Pazifisten" qualifiziert werden, nicht zurückschrickt; völlige Verwechslung von Strategie und Taktik lassen vermuten, daß unsere frischgebackenen Marxistisch-Leninistischen Studenten auf die Belastungsprobe der Wirklichkeit gegenüber ihrer verklärten Ideologie mit theoretischen Amokläufen reagieren.

Unter dem Aspekt also der Erscheinungswelt "linker" Pathologie des Alltagslebens betrachtet, läßt diese Phase (die extensive) immerhin noch Hoffnung zu, wobei die größere Gefahr (der intensiven Phase) innerhalb des jetzigen Ablaufs der Krisensymptome feststellbar wird und den endgültigen Kollaps ankündigt: das Sektierertum, das den Schutz vor Erschütterungen der verschiedenen Fixierungen gewährleisten soll (1).

Es scheint sich hier um die Symptomatik eines tiefgreifenden, psychologischen Konflikts von Intellektuellen zu handeln, die ihr Trauma, an der praxisbezogenen Einordnung in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gescheitert zu sein, durch scheinrationalisierte Zauberformeln, durch den Ritus ihrer endlosen und sinnlosen Wiederholung entfliehen möchten. Wir wollen sie auf der Flucht, gleichsam in flagranti, ertappen...

*) Alle Hervorhebungen von den Autoren.

1

*"Mußte man auf dem XV. Parteitag noch die Richtigkeit der Linie der Partei beweisen und einen Kampf gegen bestimmte antileninistische Gruppierungen führen, auf dem XVI. Parteitag aber mit den Anhängern dieser Gruppierungen aufräumen, so braucht man auf diesem Parteitag nichts zu beweisen, und es gibt wohl auch niemand, der geschlagen werden müßte. Alle sehen, daß die Parteilinie gesiegt hat."
(Beifallssturm)*

J. W. S t a l i n (Werke, Bd.13, S. 308 ff, Dietz Verlag Berlin, 1955)

Im Rahmen der Strategie-Diskussion in der VDS brachen Widersprüche auf, die seit längerer Zeit latent waren. Diese Widersprüche blieben in ihrer Bedeutung nicht auf die VDS beschränkt. Ihre Kristallisationspunkte waren grundsätzliche Fragen der Einschätzung der aktuellen politischen Situation in Österreich und der längerfristigen Aufgaben einer revolutionären Studentenorganisation in dieser Situation.

Die frühere Leitung der VDS hatte das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Einschätzung der innenpolitischen Situation nach dem März 1970, das unter den linken Studenten, besonders der jüngeren Semester, bestand, offensichtlich unterschätzt und diese wichtige Analyse nicht geleistet.

So konnten im Rahmen des "Kapital-Arbeitskreises" und später der "MAZ-GES"(2) neue Kollegen gewonnen werden, indem deren Bedürfnis nach umfassenden politischen Programmen dadurch entgegengewonnen wurde, daß die Initiatoren der "MAZ-GES" "einer bewußten Orthodoxie das Wort redeten"(3) und so behaupteten, die marxistische Theorie gegen das "unkritische Fallenlassen orthodoxer Begriffe"(4) zu verteidigen. Der Kampf gegen den Revisionismus (in Österreich, laut Meinung der VDS, repräsentiert durch WTB, FÖJ und den "rechten Flügel der VDS") wurde zur Hauptaufgabe erklärt, und damit war durch den gemeinsamen Feind, trotz (auch weiterhin bestehender) tiefer Meinungsverschiedenheiten, die Brücke zur KPÖ geschlagen. Die KPÖ förderte im engen Kontakt mit der Gruppe der "MAZ-GES" diese Entwicklung nach Kräften, unter bewußter Hintanzetzung der erwähnten Differenzen und konnte so nach einer außerordentlichen Vollversammlung der VDS triumphierend berichten, daß die neue Leitung der VDS eine neue Politik verfolge und mit der KPÖ kooperieren wolle. Wir halten uns im folgenden an die authentische Chronik der Ereignisse und deren Hintergründe, an eine VDS-Information vom 29. November 1970, an welchem Tag die Vollversammlung stattfand:

"Am 29. 11. 1970 fand eine außerordentliche Vollversammlung der VDS statt, die durch die in monatelangen Diskussionen aufgebrochenen politischen Widersprüche unumgänglich notwendig geworden war. Die Debatte verlief anfangs in einer gespannten Atmosphäre. So war lange Zeit die Definition der Stimmberech-

tigung umstritten; hier rächte sich die bisherige offene Organisationsstruktur der VDS." (5)

Was geschah? Die Neuen hatten eine glückliche Hand gezeigt bei der Herbeischaffung von emporzureckenden Armen, mittels derer "die in monatelangen Diskussionen aufgebrochenen politischen Widersprüche" am radikalsten und erfolgreichsten beseitigt zu werden pflegen.

"Die Vollversammlungsbeschlüsse markieren den Übergang zu einer völlig neuen Politik. Diese Änderung mag für viele überraschend gekommen sein, hat aber objektive Gründe, die weit in die Entwicklung der VDS zurückreichen." (6)

Die Konzession, "diese Änderung mag für viele überraschend gekommen sein", verrät, daß "die monatelangen Diskussionen aufgebrochenen politischen Widersprüche" keineswegs erschöpfend ausgetragen wurden. Der mehr formaldemokratisch als argumentativ erfochtene Sieg der Neuen dürfte sie im nachhinein in ihrer von vornherein feststehenden Überzeugung nur bestärkt haben, daß die alte VDS-Garnitur ausrangiert gehöre, selbstverständlich aus "objektiven Gründen, die weit in die Vergangenheit der VDS zurückreichen". Denn

"die VDS wurde bei ihrer Reaktivierung (1967) überwiegend aus FÜJ-Studenten gebildet und war daher eine in sich geschlossene Gruppe, deren gemeinsamer politischer Standort (Zugehörigkeit zum rechten Flügel der KPÖ) unproblematisiert vorausgesetzt wurde." (7)

Unproblematisierter könnte man es gar nicht ausdrücken. "Zugehörigkeit zum rechten Flügel der KPÖ" (in Klammer) hebt mit leichten Flügeln über die Klippe hinweg, an der alle zukünftigen Perspektiven der neuen VDS-Konzeption schon im Augenblick ihrer stimmenmäßigen Durchsetzung gescheitert sind: am ideologischen Opportunismus. Die Vergangenheit der VDS-FÜJ-KPÖ, deren Entwicklung, schonungslos und ohne die billigen, vorerst noch nichtsagenden Klischees "rechter Flügel - linker Flügel", zu analysieren. Die wenigen, die die "neue" Politik (zurück zur KPÖ!) konzipiert haben, wissen auch warum: dies ist ein Teil des Preises der Eintrittskarte in die von ihnen vielleicht aufrichtig ersehnten "proletarischen" Gefilde der KPÖ. Bei der ach so "neuen" Politik der "MAZ-GES" geht es nämlich im Prinzip um diese eine Entscheidung (innerhalb oder außerhalb der KPÖ?), die von der alten Generation wegen der tiefen Divergenz ihrer gegenseitigen politischen Ansichten ständig hinausgezögert wurde. Wo die "Neuen" recht haben, haben sie recht, und sei es nur das Körnchen Wahrheit, das in folgendem Abschnitt enthalten ist:

"Die Frage, mit welcher VDS-Tradition zu brechen sei, mit der Bindung an Marek-Fischer und an die FÜJ, oder mit der Bindung an die KPÖ, versuchte die VDS zu umgehen. Man wiegte sich in der Illusion, enge Beziehungen zu beiden Seiten unterhalten zu können. Aber ab einem gewissen Punkt war die Entscheidung unumgänglich, und zweifellos lag auch hier ein objektives Krisenmoment zu Grunde." (8)

Neben dem Körnchen Wahrheit breitet sich die Unaufrichtigkeit des Verschweigens von Zusammenhängen und Hintergründen der Auseinandersetzungen in der KPÖ aus, in deren Verlauf die politische

Standortbezeichnung "Marek-Fischer-FÖJ" erst verständlich wird, deren gemeinsame Position sich damals aus der Negation des Rests der KPÖ ergeben hatte, welcher das tiefe Schweigen über alle die Sowjetunion betreffenden kritischen Fragen war und ist. Das darf aber die neue VDS-Führung nicht zur Kenntnis nehmen, da sie damit gleich am Anfang ihres Honigmonds mit der KPÖ einen Loyalitätsbruch begehen würde - wie nennt man das? Opportunismus!

So weit, so gut, geht es hier doch nur um rein äußerliche Momente der Durchsetzung einer neuen "Parteilinie", deren Inhalt auch uns bei weitem mehr interessiert, als die bloße Frage, wer sie von oben bestimmt. Hier nämlich wird erst die politische Reife und Fähigkeit der "Neuen" in der VDS voll ersichtlich und einschätzbar. Hätte es sich nämlich tatsächlich nur darum gehandelt:

"durch die Arbeit an der Klassenanalyse entwickelten wir ein neues Verständnis für den Charakter der Sozialdemokratie respektive der SP-Regierung und für die Hochschulpolitik", (9)

könnten sie nicht zur nachfolgenden bombastischen Simplifizierung der KPÖ-Gegensätze gekommen sein:

"diese Arbeit gab uns die Möglichkeit, einerseits das Tagebuch und die FÖJ, andererseits die KPÖ realistischer einzuschätzen." (10)

Und nicht nur solche Vereinfachungen wären ihnen erspart geblieben, sondern die weitaus gewichtigeren Fehleinschätzungen von Subjekten und Objekten der gegenwärtigen österreichischen Innenpolitik.

2

"Was würden die proletarischen Revolutionäre in der Epoche der bürgerlichen Revolution getaugt haben, die den Konflikt zwischen den Liberalen und der Monarchie nicht einzuschätzen und zu verstehen gewußt hätten und, anstatt diesen Konflikt im revolutionären Sinn auszunutzen, die beiden Gegner in den gleichen Sack geworfen haben würden? Was taugen Kommunisten, die vor den Konflikt FASCHISMUS und SOZIALDEMOKRATIE gestellt, diesen Konflikt einfach mit der simplen, jeden Inhalt entbehrenden Formel: SOZIALFASCHISMUS zudecken? Eine Position dieser Art - eine Politik hohlen Geschreis und sterilen Linkstums - versperrt von vornherein der Kommunistischen

*Partei den Weg zu den
sozialdemokratischen Arbeitern
und gibt den Rechtselementen
im kommunistischen Lager Nahrung."*

*L. T r o t z k i,
Die österreichische Krise und der
Kommunismus.*

Wir kommen also zu den Beschlüssen, zum Inhalt der "neuen" Politik der VDS:

"Sozialdemokratische Regierungen realisieren in der Ära des Monopolkapitalismus die 'liberale Form der Regierungsausübung der Bourgeoisie'(Lenin), die meistens dann notwendig wird, wenn das Kapital in schwere Verwertungsschwierigkeiten gerät." (11)

"Solange das Großkapital günstige Verwertungsbedingungen vorfindet, hat es genügend Spielraum, die 'Kleinen', die unter der Durchschnittsproduktivität arbeitenden Unternehmen, mitzuziehen. Das ist die ökonomische Grundlage für das Bündnis zwischen Großkapital und Kleinbürgertum-Bauernschaft. Der politische Ausdruck dieses Bündnisses ist die ÖVP. Denn das Großkapital kann seine politische Herrschaft nicht selbst, sondern nur gestützt auf andere Schichten, vornehmlich, weil die stabilste Form des Bündnisses, auf das Kleinbürgertum, ausüben, während sein ökonomisches Interesse auf die Vernichtung aller Klassen und Schichten außerhalb des Kapitalverhältnisses zielt." (12)

"Diese Dialektik beschreibt die materialistische Grundlage für die Krise in der ÖVP und für den Regierungswechsel: in dem Maß, in dem das ökonomische Interesse des Großkapitals durch Verwertungsschwierigkeiten gestört wird, zerbricht das Bündnis mit dem Kleinbürgertum und wird eine sozialdemokratische Regierung zur besseren Lösung." (13)

Es soll hier schon auf die völlig statische, mechanische, kurz undialektische Darstellungsweise der VDS-"Dialektik" hingewiesen werden, die in naiven Lesern obiger Zeilen den Eindruck erwecken kann oder soll, das alles spiele sich automatisch ab, so, als wäre der Wahlsieg der SPÖ vom 1. März 1970 vom ÖVP-Großkapital inszeniert worden, weil der in der ÖVP dominierende Wirtschaftsbund eine bessere Haus- und Hofverwaltung gebraucht hat. Aber es kommt ja noch viel bunter:

"Verwertungsschwierigkeiten bedeuten a u c h verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse. Diese leistet der verschärften Ausbeutung Widerstand. Soll das Verwertungsinteresse des Kapitals nicht beeinträchtigt werden, wird die Disziplinierung der Arbeiterklasse notwendig - die Sozialdemokratie in der Regierung ist dazu das geeignete Instrument. Insofern ist der Regierungswechsel a u c h Ausdruck des aufgebrochenen Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital." (14)

Das "auch" ist bestechend. Es soll beide Male einschränken. Die VDS meint es eben nicht absolut...

"Weil die Transformation der SPÖ zur reinen Wahlpartei (?), wie es ihre Regierungstaktik erforderte, n o c h nicht abgeschlossen ist, geht der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat n o c h durch die Sozialdemokratie. Er kann aber nicht aufbrechen als Fraktionskämpfe innerhalb der SPÖ, sondern als Widerspruch zwischen ÖGB und SPÖ bzw. innerhalb des ÖGB."
(15)

Hier muß das Wörtchen "noch" herhalten. Es kann aber auch nichts ausrichten, denn Fraktionskämpfe innerhalb der SPÖ können ja nicht aufbrechen, sondern nur Widersprüche zwischen SPÖ und ÖGB, bzw. innerhalb des letzteren selbst! Und wenn innerhalb des ÖGB Widersprüche auftreten und ausgetragen werden, wenn dieser selbst gegen die SPÖ(-Führung soll es wohl heißen) auftritt, was ist dann? Dann liegt der Gewerkschaftsboß Benya mit dem SP-Mandatar Benya, der Gewerkschaftsbonze Häuser mit dem SP-Abgeordneten Häuser in den Haaren, und das Nestroysche Wort "Am liebsten würde ich mich mit mir selber zusammenhetzen, um zu sehn, wer stärker ist: ich oder ich?" wird in Österreich Klassenkampfgeschichte machen...

Wir nehmen an, daß es bei unseren Vorkämpfern "einer bewußten Orthodoxie" keineswegs an der Kenntnis der österreichischen Gegenwartsbedingungen mangelt, daß sie also keine Ahnung hätten, zwischen SPÖ und ÖGB bestehe eine regelrechte Personalunion; - nein, sie wollen es nur nicht zur Kenntnis nehmen, da solche Tatsachen ihrer Orthodoxie und folgender Feststellung ein wenig abträglich wären:

"Weil jede Rationalisierung des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen wird (durch Intensivierung der Arbeit) und weil sie den Kapitalismus stabilisiert und daher nur 'fortschrittlich' im kapitalistischen Sinn (bei Abstraktion vom Klassengegensatz) sein kann, müssen Kommunisten sie bekämpfen. Weil die SP-Regierung der Träger dieser Rationalisierung ist, muß sie als K l a s s e n f e i n d bekämpft werden. (Mit dem Klassenfeind kann es keine Einheitsfrontpolitik von oben zur Ausweitung der bürgerlichen Demokratie geben)." (16)

Und damit wäre der Zeitpunkt gekommen, den VDS-lern zu empfehlen, wenn sie sich schon auf Metaphysik verlegt haben, wenigstens in den Bereichen der Gesellschaftswissenschaft auf die Einhaltung der Gesetze der formalen Logik zu achten.

Wie also? In die SPÖ ist die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, der Lohnabhängigen Österreichs integriert. Dieses, den größten Teil der österreichischen Arbeiterklasse, repräsentierende SP-Fußvolk ist entweder unfähig seine unmittelbaren Interessen wahrzunehmen bzw. vertreten zu lassen, oder die SPÖ-Führung verfügt über hypnotische Kräfte, mittels derer sie via ÖGB als Medium die Arbeitermassen "disziplinieren", sie betrügen kann, wann und wo es ihr beliebt.

Man kann, wenn man sich den politischen Blick nicht mit "bewußter Orthodoxie" vernageln läßt, die Sache auch so einfach ausdrücken, wie es Marcuse im Kursbuch-Interview gegenüber Enzensberger getan hat:

"Sie (die Arbeiterklasse, Anm. d. Autoren) weiß ganz genau, auf welcher Seite ihr Brot gebuttert ist. Ist es nicht überheblich, das zu übersehen und den Arbeitern zu sagen: Gebt alles auf, was ihr habt, und geht mit mir, bereitet die Revolution vor..." (17)

Das wahrlich Fatale an unseren orthodoxen Marxisten-Leninisten ist, daß sie, wenn sie von der Arbeiterklasse sprechen, einen verdinglichten Begriff und nicht die reale, existente, mit konkreten Wünschen, Vorstellungen etc. lebende Masse der Arbeiter vor Augen haben. Ihr "Klassenfeind", wenn man sie beim Wort nimmt, ist nicht die SPÖ-Regierung, sondern die Arbeiter selbst, die nicht nach der orthodoxen Melodie der VDS tanzen. Denn verfolgt man die Ausführungen der VDS, so wäre eine Verelendung der österreichischen Arbeiterklasse einem Reformismus vorzuziehen, der ihr winzige, aber immerhin reale Fortschritte einbringt.

Dann aber passiert unseren klassischen Theorie-Künstlern selbst ein echter Ausrutscher in ihrer sonst vollendeten Kür in höheren Sphären, der ihre wunderbaren Sprünge jäh zunichte macht:

"Die Geschichte lehrt, daß selbst erkämpfte Positionen (wie BR) sich gegen die Arbeiterklasse kehren, wenn der Klassenkampf von unten erlahmt bzw. fehlt." (18)

Wie wahr! Ja, es können noch viel ärgere Dinge passieren, z.B. daß die SP-Führung ihre "klassenverräterische" Politik mit Einverständnis der Mehrzahl der österreichischen Arbeiterklasse betreiben kann. Also hat es doch eher etwas mit der Stagnation bzw. Entfaltung der Klassenkämpfe selbst zu tun, die nicht einfach von oben verordnet oder verboten werden können, sondern objektive und subjektive Beweggründe haben, die man halt, als Marxist-Leninist, zu analysieren hat ohne vorgefaßte orthodoxe Bücherweisheiten, bevor man den komplizierten, aus innen- und außenpolitischen Faktoren der Vergangenheit und Gegenwart, aus ökonomischen und vielen rein subjektiven, aber ungeheuer wirksamen Fäden gewobenen Knoten mit der Qualifizierung "Klassenfeind" zur eigenen Befriedigung durchhaut.

3

Wir übergehen die Beschlüsse der VDS zum VSStÖ und zum WTB. Wir tun es aus dem Grund, weil wir unser Verhältnis zu beiden noch nicht vollkommen präzisiert haben, und weil die Haltung der VDS gegenüber beiden Organisationen lediglich dieselbe aufschneiderische Großspurigigkeit aufweist, die gegenüber der SPÖ und dem ÖGB in theoretischem Kretinismus gipfelt - aber es gibt auch bei der VDS noch Nuancen.

Was den VSStÖ betrifft, so trifft der Kern der Kritik der VDS gegenüber dem SP-Opportunismus des VSStÖ auf die VDS abgewandelt als KP-Opportunismus genauso zu. (19)

Die im Prinzip oft berechnete, in keinem Punkt differenziert vorgetragene und auf weiten Strecken völlig schematische Kritik am WTB (Nennings "FORVM" hielten wir für eine geeignetere Zielscheibe) ist ein weiterer Teil des Preises, den die VDS für die KPÖ-Eintrittskarte geleistet hat - wie nennt man das? Opportunismus!

4

"Und die heute auf einer neuen Basis unter neuen Bedingungen ihre Klassenkraft zu neuen unvermeidlichen Kämpfen sammelnde Arbeiterklasse wird sich hüten müssen, den lebendigen Inhalt ihrer heutigen Aktion noch einmal an jene längst zu leblosen Formeln erstarrten ideologischen Formen zu binden, mit denen schon gestern und vorgestern die verschiedenen Richtungen der sogenannten 'revolutionären' Marx-Orthodoxie vergeblich versucht haben, die reformistische und bürgerliche Entartung ihrer 'Arbeiterpolitik' aufzuhalten und abzuwenden. Der aus der Betäubung seiner letzten großen Niederlage zu neuem Leben erwachende Klassenkampf des Proletariats muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um endlich bei seinem eigenen Inhalt anzukommen.

K. K o r s c h, Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf. Zum 80. Geburtstag von Eduard Bernstein am 6.1.1930, in: Kampf-Front, Proletarische Wochenschrift, Jg.VI, Nr.2, Berlin, 11.1.1930.

Wir kommen nun zum eigentlichen Thema, Moderator und Entscheidungsfaktor der "neuen" VDS-Politik, zu ihrer Haltung gegenüber der KPÖ. Bevor wir näher darauf eingehen, möchten wir einige Fakten festhalten.

Die FÖJ vertrat seit jeher gegenüber Fragen der Politik auf Hochschulboden die Meinung, daß politische Arbeit von Studenten nur sinnvoll sein kann, wenn sie über den eigenen unmittelbaren Aktionsradius hinausgeht, den gesamtgesellschaftlichen Kontext zur eigenen Situation herstellt und daraus Schlußfolgerungen da-

hingehend zieht, daß der Kampf der Arbeiterschaft und der Studenten in der Einheit ihrer gegenseitigen Interessen gegen Kapitalismus und Ausbeutung bzw. Fachidiotentum und autoritäre Gängelung erst wissenschaftlich-gesellschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche Relevanz erlangt. Die VDS ist diesem Grundkonzept entsprungen, gebildet von Mitgliedern der FÖJ, die Studenten waren, und deren Zugehörigkeit zur FÖJ meist eine Zugehörigkeit zur KPÖ mit einschloß.

Die neue VDS-Richtung ist für zwei neue politische Tendenzen auf Hochschulebene nicht nur in Österreich typisch: Die Politik jener Genossen, die im Katzenjammer der post-antiautoritären Phase der Neuen Linken nicht steckengeblieben sind, ihn jedoch nun mit der Umkehr zur Orthodoxie zu überwinden versuchen, was meist mit der Rückkehr in den Schoß einer traditionellen Arbeiterpartei verbunden wird. Dieser Umkehr bzw. Neubesinnung entspricht auch die andere Tendenz breiter Teile der revolutionären Studentenschaft, die ebenfalls in der Lösung der Organisationsfrage, in der bewußten gesamtgesellschaftlichen Verankerung des Einzelnen den einzig sinnvollen Ausweg aus der isolierten Lage der revolutionären Studenten sieht, zumeist aber - aus Ablehnung bestehender traditioneller Arbeiterparteien - darauf drängt, den Aufbau einer neuen revolutionären Organisation theoretisch vorzubereiten und praktisch voranzutreiben. Die Wahrheit ist die, daß die jeweilige Entscheidung für oder gegen eine bestehende KP nicht allein von der Qualifikation und revolutionärer Programmatik in nationalen Fragen und Belangen der KP abhängt, sondern daß hier mannigfaltige ua. auch internationale Probleme mitspielen. Die aber in der Politik einer KP unberücksichtigt lassen, hieße die betreffende KP auf das reduzieren, was sie unter keinen Umständen ausschließlich sein darf: auf die abstrakte Interessenvertretung einer bestimmten nationalen Gesellschaftsklasse. Internationalismus ist erstes und oberstes Prinzip jeder revolutionären Arbeiterbewegung. Dieses Prinzip auf die Politik einer KP nicht kritisch anzuwenden heißt kneifen, es ist Opportunismus. Genau das geschah bei der VDS.

"Die einzige Partei, die die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse uneingeschränkt vertreten kann und sich bemüht, den Kampf darum zur Bildung von Klassenbewußtsein zu benützen, ist die KPÖ. Sie ist also die einzige Arbeiterpartei, ungeachtet ihrer Qualität, die potentiell Kämpfe in den Betrieben führen bzw. unterstützen könnte." (20)

Qualität steht wahrscheinlich beschönigend für Quantität oder es ist ein versteckter Seitenhieb der VDS auf den Charakter der KPÖ: "ungeachtet ihrer Qualität" heißt: wenn auch unqualifiziert. Oder? Der uralte Widerspruch zwischen Theorie und Praxis tut sich da als Abgrund auf, in den die KPÖ täglich tiefer hineinsaut. Die VDS folgt tapfer - und unopportunistisch, wie sie ist - mit.

"Insbesondere in den 60er Jahren hat die vom rechten Flügel demontierte Parteiführung es so weit gebracht, daß die KPÖ denjenigen Funktionen, die eine leninistische Partei zu erfüllen hat, nicht gerecht werden konnte." (21)

Die VDS-Neuen sollten sich auch ein bißchen mit der jüngsten Geschichte der KPÖ befassen. Die "Demontage" in den 60er Jahren war - wie die meisten "Montagen" und "Demontagen" in der KPÖ - in erster Linie keine inneren, spezifisch österreichischen Faktoren

entstammende Angelegenheit. Man kann die Sache, wenn man nicht so verschämt ist, wie die VDS, auch beim Namen nennen: Entstalini-sierung.

Was damit auch noch viel zu vage umrissen ist, offenbart sich jetzt, nach den Schüssen am Ussuri, nach der Intervention in der CSSR, nach den Schüssen auf Arbeiter in Polen und schließlich nach der Generalrede Breschnews auf dem 24. Parteitag der KPdSU (sein politisches Konzept geht kaum über jenes des IdK-Kongresses hinaus!) in aller Radikalität als eine tiefgreifende **K r i s e** der **g e s a m t e n** **K o m m u n i s t i s c h e n** **W e l t** - **b e w e g u n g**. Die "Demontage" in der KPÖ ist gestoppt worden wie auch in anderen, weitaus größeren und gewichtigeren KP', und in den Volksdemokratien; was jetzt kommt, ist die totale Demobili-sierung (**p o l i t i s c h e** Lösung für Südostasien!), welcher die Revolutionäre der Welt nur durch die grundlegende Neuorgani-sierung aller von Status-quo-Interessen und daraus entspringenden Opportunismen **freien** revolutionären Strömungen hier in Österreich und anderswo, entgegentreten können.

Aber in Österreich und innerhalb der KPÖ geht das alles viel ein-facher. Da wird "mit der Aufnahme des Kampfes gegen den Kreis um das Tagebuch" ... "die Rechtsentwicklung gestoppt". "Die KPÖ ist jedoch nicht statisch zu sehen", ermahnen uns die VDSler, weil sie ihres eigenen Hauptmankos dunkel bewußt sein dürften.

Die VDS indes, erfahren wir zu unserer nicht geringen Verwunde-rung, ist "sowohl organisatorisch als auch politisch-ideologisch von der KPÖ unabhängig". Das wird eine Demontage geben! Vorläufig steht sie jedoch nicht zu befürchten, und das, was die VDS sich gegenüber der KPÖ an Bündnisfreiräumen vorbehalten hat, ist, ge-linde ausgedrückt, eine Chuzpe:

"Die KPÖ ist nicht in der Lage, eine revolutionäre Strategie für den Intellektuellenbereich zu entwickeln." (22)

Die KPÖ dankt. Wozu ist sie eigentlich in der Lage? Es dämmert uns langsam: von der VDS/MLS - der kommenden intellektuellen Füh-rungsschichte der österreichischen Revolution - integriert zu wer-den! Die KPÖ muß dazu nur noch ein bißchen kleiner und unbedeut-samer werden. Es wird schon gehen...

5

"Wir müssen deshalb alle Kriterien die Marx für den Kapitalismus der achtziger Jahre aufgestellt hat, einer ökonomischen Neuuntersuchung unterwerfen. Das ist nicht geschehen. Und darum stehen wir Kommunisten wie der Ochs vorm Berge dem neuen Kapitalismus gegenüber und unterstellen ihm

*ununterbrochen alte Kategorien,
mit denen wir gar nichts erklären
können."*

*G. L u k à c s, in einem
Spiegelgespräch am 20.4.1970*

Wir haben in unserer Analyse der geschichtlichen Entwicklungstendenzen der österreichischen Arbeiterbewegung festgestellt, daß die katastrophale Entwicklung der KPÖ und insbesondere ihr Niedergang seit 1945, unter der Motivation starker Außen-Faktoren gestanden ist. Angesichts ihrer heutigen Verfassung von der KPÖ als "wichtigste(m) Ansatz antikapitalistischer Arbeit im proletarischen Bereich" zu sprechen, ist intellektuelle Hochstapelei par excellence. Die KPÖ ist mit einem permanenten Verlust an Positionen in den Betrieben konfrontiert (von den Mitgliederstrukturen nach Alters- und Berufsgruppen, vom Mitgliederschwund etc. reden wir gar nicht) - wo Positionen gehalten werden (ähnlich wie auf Gemeinderatsebene) geschieht dies auf weitestgehend u n p o l i t i s c h e r , persönlicher, individueller Vertrauensbasis.

Der Krise in der KPÖ, dem Reformismus der SPÖ werden wir nur begegnen können, wenn wir den Wurzeln dieser Erscheinungen, ihren Ursachen, unter Berücksichtigung der umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen im nationalen wie internationalen Bereich, im Spätkapitalismus wie in der "Dritten Welt", kurz den ökonomischen und politischen Veränderungen ohne Selbsttäuschung nachzugehen bereit sind. Dies ist eine der Voraussetzungen, ja die wichtigste, zur Erstellung einer für Österreich gültigen revolutionären Strategie.

Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus wird dazu im demnächst vorliegenden Entwurf eines Grundsatzprogrammes einen weiteren Schritt zu unternehmen versuchen.

Wien, 4. April 1971

Q u e l l e n a n g a b e :

- (1) "Wir hätten nichts von Stimmen von Leuten, die einem Mißverständnis aufgesessen wären und uns für etwas anderes als Marxist-Leninisten gehalten hätten". In: Rote Wandzeitung, 1/1971
- (2) MAZ-GES: Marxistische Zelle - Gesellschaftswissenschaften
- (3) Lindner: "Zur Klassenanalyse", 1.9.1970
- (4) Lindner: "Zur Strategiediskussion", 1.9.1970
- (5)-(16) VDS-Information, 29.11.1970
- (17) SPIEGEL, 11.1.1971
- (18) VDS-Information, 29.11.1970
- (19) Anlässlich der Angela-Davis-Demonstration der KPÖ am 27. Februar 1971 wurde die Teilnahme der FÖJ von der Wiener Stadtleitung der KPÖ abgelehnt. Eine diesbezügliche Stellungnahme der FÖJ stand auch in der VDS zur Diskussion, in deren Verlauf der Antrag gestellt wurde, gegen die sektiererische Haltung der Stadtleitung zu protestieren. Der Antrag wurde zurückgewiesen.
- (20)(21) VDS-Information, 29.11.1970

Semmeringtagung

Bestand die Funktion der letzten Aktivistenberatung am 17./18. Oktober 1970 darin, die unmittelbare Praxis der FÖJ festzuleben, so war die Besprechung am 13./14. März 1971 ihrem Inhalt nach deren Resultat. Gleichzeitig ergaben sich daraus die Ausgangspositionen für die zukünftige Tätigkeit.

Wir wollen zwar, selbstkritisch, darauf verzichten die Diskrepanz zwischen unseren Intentionen und der tatsächlich geleisteten Arbeit, d. h. zwischen Wollen und Können zu beschönigen. Aber nichtsdestoweniger läßt sich im Gegensatz zu anderen linken Gruppierungen, die in letzter Zeit unter dem Vorzeichen fortlaufender Spaltungen gestanden sind innerhalb der FÖJ das Fortschreiten des Konsolidierungsprozesses nicht nur organisatorisch, sondern auch in Form einer selbstbewußten Politisierung feststellen. War das Neubeginnen der FÖJ noch stark geprägt durch Unsicherheit, die aus der neuen Situation entstanden war, so kann heute rückblickend nicht nur die Richtigkeit der Entscheidung, die Selbständigkeit zu wählen, bestätigt werden, sondern darüber hinaus konstatiert werden, daß der FÖJ zunehmend die Rolle des Initiators einer Neukonsolidierung der Linken in Österreich zufällt. Als signifikant für diesen Prozeß kann der Entwurf der Grundsätze der Politik der FÖJ angesehen werden, der auf breitester Basis sowohl in der FÖJ als auch im Kreise aller Interessierten bis zum Bundeskongreß der FÖJ, im Herbst dieses Jahres, diskutiert werden soll.

Die FÖJ versucht mit diesem Entwurf eine Diskussion innerhalb der Linken in Österreich in Gang zu bringen, in deren Verlauf durch die Konfrontierung der Standpunkte, ihrer Abweichungen bzw. Übereinstimmungen, eine end-

gültige Fassung gemeinsam erstellt werden soll. Wir betrachten diese Aufgabe als den umfassenden Versuch der Erstellung einer für Österreich gültigen revolutionären Strategie, deren wichtigste Voraussetzung die Klassenanalyse ist.

Dominierend in der Diskussion war die Einschätzung unserer Praxis bezüglich des Bundesheeres. Jenseits allem Pazifismus' erblicken wir in dieser Tätigkeit zwei Ansatzpunkte: zur Politisierung junger Menschen auf Grund einer für sie unmittelbar spürbaren Problematik, die gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche, spezifisch österreichische Bedeutung hat. Aktionen vor der Stellungskommission in Wien, Aktionen vor verschiedenen Kasernen ergaben Vermittlungsmöglichkeiten zu den direkt Betroffenen selbst. Vorläufiger Höhepunkt war der Kongreß: Jugend gegen Kriegsdienst, der in der Zeit vom 26. bis 28. März 1971 in Wien stattfand (über den Inhalt des Kongresses wird an anderer Stelle berichtet werden).

Die neuen Organisationsprinzipien der FÖJ, wie sie voriges Jahr im Rahmen der Sommerakademie konzipiert wurden, hat trotz der Bestätigung eines aus vier Genossen bestehenden Koordinationskomitees, gezeigt, daß in der praktischen Arbeit einige Mängel auftreten. Es konnte der politisch- und organisatorische Zusammenhang zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen in der FÖJ seitens dieses Komitees nichts restlos hergestellt werden. Insbesondere an der Aufgabe, der expansiven Entwicklungstendenz der FÖJ organisatorisch gerecht zu werden, wird sich weisen, ob das bisherige Modell auch in der Zukunft beibehalten werden kann.

Wichtigstes Kommunikationsmittel zur Verbreitung des politischen

Standortes der FÖJ ist unser Organ "aspekte". Es konnte sowohl inhaltlich als auch in der äußeren Form den neuen Gegebenheiten entsprechend verbessert werden. Um es aber nicht zu einem abstrakt-theoretischen Organ erstarrten zu lassen, erhebt sich die Notwendigkeit, daß es zunehmend von den Lesern selbst und weniger von einem engen Redaktionskomitee politisch gestaltet wird.

In dieser Hinsicht wäre es sinnvoll, die in der Zwischenzeit gebildeten Arbeitskreise publizistisch einzubeziehen, um ihre Ergebnisse und Erfahrungen zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen. Die Intensivierung der Herausgabe der "aspekte-Sondernummern" hätte die Funktion zu internationalen und nationalen

Fragenkomplexen auf eine erschöpfende und qualifizierte Weise Stellung zu nehmen.

Bei der Bildung von Arbeitskreisen geht die Initiative von Genossen aus, die von der jeweiligen Problematik unmittelbar betroffen sind. Durch die gemeinsame Erörterung ihrer Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten gelangen sie zur Einheit von Theorie und Praxis.

Die Schwierigkeiten und Probleme, die eine Organisation außerhalb einer Partei hat, wirft viele Fragen auf, deren Beantwortung in der Praxis über den Rahmen dieser Organisation hinaus stellvertretende Bedeutung für eine revolutionäre Linke in Österreich schlechthin gewinnen kann.

H.D.

SKIRENNEN IN WAIDHOFEN / YBBS

Die extreme Witterungslage - heftiges Schneetreiben und Sturm - konnte nicht verhindern, daß bei unserem Skirennen am 28. Februar 1971 von den 134 genannten Sportlern 99 an den Start gingen. 79 gelang es ohne Torfehler das Ziel zu erreichen.

Tagesbester: Peter SIMON - BBSV Wien
(erhielt den Pokal des Bürgermeisters)

Ergebnisse der FÖJ: Herren

1. Lauterbach Wolfgang
2. Schügerl Gerald
3. Plojhar Anatol
4. Hnuta Reinhold
5. Greifeneder Gerald

Damen

1. Fuchs Ruth

Die personelle Hilfe des ASKÖ Waidhofens und die materielle Unterstützung der Firma "Tyrolia" ermöglichte einen reibungslosen Ablauf dieses Rennens.

2-307-435

Um unsere politischen Vorstellungen verwirklichen zu können, ist es notwendig unsere finanzielle Lage zu verbessern.

Wenn eine politische Bewegung den heutigen Anforderungen entsprechen will, muß sie auch moderne technische Hilfsmittel anschaffen.

Natürlich kostet dies alles Geld.

Da sich unsere Bewegung im Gegensatz zu früher in erster Linie aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhalten muß, bekommt die Mitgliedschaft eine weitere wichtige Bedeutung. So wurde ein monatlicher Mitgliedsbeitrag von mindestens S 20,- für Berufstätige eingeführt. Hausfrauen und in Ausbildung Stehende zahlen weniger, jedoch mindestens S 5,-. Eine Reihe von Genossen ist jedoch bereit, S 50,- und mehr zu bezahlen.

Da die "aspekte" zur Verbreitung unserer Meinung und als Diskussionsplattform eine große Hilfe sind, bemühen wir uns diese laufend zu verbessern.

Bis jetzt haben wir die "aspekte" großzügig versandt, ab nun sehen wir uns gezwungen einen Jahresbezugspreis von S 50,- zu verlangen.

Bei monatlicher Mitgliedsbeitragsleistung ist das "aspekte"-Abonnement inbegriffen.

Wir hoffen auf Verständnis und bedanken uns für die bisher eingegangenen Beiträge.

(Übrigens ermöglicht ein Girokonto bei einem Geldinstitut die regelmäßige Überweisung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden mittels Dauerauftrag).

2 - 3 0 7 - 4 3 5 ist unsere Kontonummer bei der Länderbank.

Finanzkommission der FÖJ
Bewegung für Sozialismus

P.S.: Wir erhalten nach wie vor keine Mittel des Bundesjugendringes und der Landesjugendbeiräte.

* VERSICHERUNGEN JEDER ART · BERATUNG BEIM AUTOKAUF · KUNDENDIENSTE *

Inspektor
ERICH MAKOMASKI
Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Wohnung:
1100 Wien, Neilreichgasse 105/8/8
Tel. 64 86 132

Büro:
Wien 1, Hoher Markt 1/4/11
Tel. 63 63 12, 63 68 13

INTERNATIONALER KONGRESS:

Vom 26. bis 28. März 1971 fand in Wien der Internationale Kongreß "Jugend gegen Kriegsdienst" statt, an dem über 300 Kriegsdienstgegner aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Dänemark teilnahmen.

Neonazistische Störtrupps, die sich aus Mitgliedern der NDP und Offiziersanwärtern der Militärakademie Wiener Neustadt rekrutierten, versuchten am Eröffnungstag die Teilnehmer einzuschüchtern und den Kongreß zu sprengen. Die Rechtsradikalen scheiterten kläglich. Die Kongreßteilnehmer ließen sich nicht provozieren und machten von einem politischen Mittel Gebrauch, daß nicht im Parteiprogramm der NDP steht: sie diskutierten. Als die Neofaschisten schließlich begannen Tische und Sessel zu zertrümmern mußte die Polizei geholt werden. Nach einiger Zeit marschierte dann die Gruppe der etwa vierzig bis fünfzig Ewiggestrigen mit dem Ruf "Widerstand" und unter Absingen von faschistischen Liedern aus dem Saal.

Fritz Vilmar konnte mit Verspätung sein Einführungsreferat "Die politische Alternative zur NATO-Strategie in Mitteleuropa" in etwas gekürzter Form halten. Dem bekannten Abrüstungsexperten gelang es aufzuzeigen, daß die sogenannte Sicherheitsstrategie der NATO, in die auch Österreich miteinbezogen ist, nicht Sicherheit, sondern tödlich gefährliche Unsicherheit bietet und schafft. Vilmar brachte sodann in einigen zusammenfassenden Thesen eine Alternative zu dieser Abschreckungsstrategie:

Vorerst schrittweise Abrüstung, Abbau der Freund-Feind-Schemata, Demokratisierung der eigenen gesellschaftlichen Strukturen.

Abschließend betonte Vilmar, daß die Entscheidung jedes einzelnen Kriegsdienstverweigerers friedens-

Jugend gegen Kriegsdienst

politische Bedeutung hat. Er begrüßte die Funktion des Kongresses, diese politische Einsicht zu vertiefen und zu verbreiten.

Am nächsten Tag arbeitete der Kongreß in vier Gruppen:

- 1) Probleme der Kriegsdienstverweigerung / Alternativdienst
- 2) Ursachen der Militarisierung
- 3) Modellfall Österreich
- 4) Erziehung, Schule, Militär und Militärideologie.

Jede dieser Projektgruppen war in ihrer Arbeit autonom, wählte ein eigenes Leitungsgremium für die Diskussion und ein Redaktionskollektiv, das den jeweiligen Bericht formulierte.

Am letzten Tag wurde aufgrund der Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen im Plenum über die Abschlußerklärung diskutiert, die am Nachmittag endgültig beschlossen wurde.

In der Abschlußerklärung heißt es unter anderem:

- 1) Der Kongreß fordert die Errichtung eines zivilen Alternativdienstes in Österreich (bis jetzt gibt es nur die Möglichkeit der Waffendienstverweigerung). Dieser einzurichtende Zivildienst (ZD) muß ein politisches Instrument zur Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln sein, damit die Kriegsdienstverweigerung nicht wiederum ihrer gesellschaftlichen Funktion enthoben wird. Die inhaltliche Bestimmung des ZD muß von der wissenschaftlichen Reflexion der praktischen Arbeit und der Friedensforschung innerhalb einer von staatlichen Institutio-

nen unabhängigen Selbstorganisation der Zivildienstleistenden ausgehen.

2) Eine echte Neutralitätspolitik Österreichs würde erfordern, daß sich das Land wirtschaftlich und politisch nicht einseitig an die EWG, vor allem an die BRD, bindet. Daher wären parallel zu den Verhandlungen mit der EWG bilaterale und multilaterale Abkommen mit den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe abzuschließen. Eine unbedingte Forderung einer glaubwürdigen Neutralität ist auch die völkerrechtliche Anerkennung der politischen Realitäten in der Welt.

3) Die steigende internationale Verflechtung des Großkapitals bedingt aufgrund der Interessensicherung eine Eskalation der Militarisierung. Die Monopolisierung des militärisch-industriellen Komplexes hat eine wachsende Einflußnahme auf nationale und internationale Politik zur Folge.

Zur Erhaltung der industriellen Monopolstellung ist die militärische Absicherung ausländischer Absatzmärkte notwendig. Diese ist nur möglich durch die innenpolitische Absicherung der Expansion des Kapitals. Die Existenz des Militärs trägt im Inneren zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse bei.

Die aus den Expansionsbestrebungen resultierenden, repressiven Bemühungen nach innen werden ideologisch verschleiert durch den Aufbau von irrational geprägten Feindbildern nach innen und außen.

Der Aufbau dieser Feindbilder geschieht durch Manipulation der Bevölkerung mittels der im Besitz der Herrschenden befindlichen Massenmedien.

4) Dem Primat der Militärideologie in der geistigen Landesverteidigung muß im Sinne eines emanzipatorischen Bildungsbegriffes das Primat der Friedenserziehung gegenübergestellt werden. Die innenpolitische Funktion des Militärs als Instrument der Sicherung der militärischen Herr-

schaftsverhältnisse beinhaltet die Möglichkeit der direkten Gewaltanwendung gegen Demokratisierungstendenzen ebenso wie die Wirksamkeit als Disziplinierungsinstanz.

5) Die Arbeit der neugegründeten INTERNATIONALE DER KRIEGSDIENSTGEGNER (IdK), Sektion Österreich, muß darauf abzielen, die Kräfte heranzubilden, die zur Entwicklung einer antimilitaristischen Strategie fähig sind. Das bedeutet die Notwendigkeit, in allen Schichten der Bevölkerung, die aufgrund ihrer sozialen und politischen Lage zur Opposition gegen den Militarismus tendieren, agitatorisch-organisatorisch wirksam zu werden.

N.S.: Interessenten können das vollständige Referat Fritz Vilmars, sowie die Abschlußklärung des Kongresses, über die FÖJ, Wien 1040, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52, beziehen.

Pfingstfahrt nach Büdapest

Abfahrt: Samstag früh,
Westbahnhof

Nächtigung: Hotel Ifjusagh

Ankunft (Wien): Montag
abends, Westbahnhof

Interessenten können sich
bis 10. Mai, in der
Belvederegasse 10,
Telefon: 65 19 52,
anmelden.

BUNDESHEER

In unserer März-Nummer der "Aspekte" wurde dieser Artikel, der sich mit der wirtschaftlichen Funktion des Bundesheeres in Österreich beschäftigt, angekündigt.

Dieser Aspekt des Militärs stellt in der Diskussion rund um das Heer einen wichtigen Faktor dar. Es erhebt sich die Frage inwieweit die Aussagen bedeutender Ökonomen wie Ernest Mandel (Marxistische Wirtschaftstheorie), Kozlik (Vergeudungskapitalismus), F. Vilmar (Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus) und vieler anderer über die Rolle des Militärs als "Systemerhaltendes und belebendes Element" der kapitalistischen Wirtschaft, auch für Österreich anwendbar sind. Wie in der Folge noch zu belegen sein wird, werden in Österreich Fakten ersichtlich, die diese allgemein gültigen Thesen in unserem besonderen Fall teilweise in Frage stellen.

Zum Verständnis der nachfolgenden Aussagen seien noch zwei Einschränkungen gestattet. Die Beschaffung authentischer und konkreter Informationen auf diesem Gebiet ist äußerst schwierig. (Dieser Beitrag stützt sich in erster Linie auf die Berichtsprotokolle der diversen Budgetberatungen in Sachen Landesverteidigung aus den Jahren 1963, 1966, 1967, 1968 und 1969. Konkretere Zahlen über Aufträge an einzelne Firmen waren nur in den Fällen Steyr-Puch, Saurer, Fiat und der schwedischen Erzeuger - firma der Saab-Jäger für mich erreichbar). Zweitens entstand dieser Artikel unter Zeitdruck. Dennoch scheint es im Rahmen der Antibundesheerkampagne und des in Wien vom 26.-28. März 1971 abgehaltenen Kongresses "Jugend gegen Kriegsdienst" notwendig auf einige Fakten hinzuweisen.



A) Größe der österr. Ausgaben für das Heer im Rahmen des Budget.

Tabelle I

Jahr	Betrag in S	% des Budget
1958	2,5 Milliarden	5,6
1967	3,4 "	4,2
1969	3,8 "	4,2
1970	4,1 "	4,1
1971	4,8 "	4,0

In diesen Zahlen ist die 1968 beschlossene "Wehrmilliarde" (diese wurde auf 3 Jahre aufgeteilt und diente in erster Linie zur Umstellung des LKW-Bestandes, ca. 2.000 LKW wurden neu angeschafft) enthalten. Weiters muß für 1971 berücksichtigt werden, daß im Rahmen der BH-Reform zusätzliche 1,7 Milliarden Schilling flüssig gemacht werden sollen.

In diesem Zusammenhang scheint ein Vergleich mit anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten interessant, um sich einen Begriff um die Größenordnung der Rüstungsausgaben um die es geht machen zu können:

Tabelle II - Verteidigungsausgaben und Streitkräfte der Welt 1968/69

Land	Verteidigungsausgaben in Mill. US-\$ 1968/69	Verteidigungsausgaben in % des Bruttonationalproduktes 1967/68	Gesamtstreitkräfte 68/69 in 1000	Soldaten auf 1000 Einwohner 68/69
Belgien	501	2,8	99	10,0
Dänemark	292	2,6	46	9,5
Deutschland, West	5.108	4,3	456	7,8
Finnland	127	1,6	36	7,7
Frankreich	6.104	5,3	505	10,0
Griechenland	318	4,5	106	18,5
Großbritannien	5.450	5,7	427	7,7
Italien	1.940	2,9	365	6,9
Luxemburg	8	1,2	0,6	1,7
Niederlande	898	4,0	129	10,2
Norwegen	320	3,7	35	9,2
Österreich	137	1,3	50	6,8
Portugal	302	6,7	83	19,2
Schweden	1.008	3,9	86	10,8
Schweiz	415	2,5	8	1,3
Spanien	544	2,4	305	9,4
Türkei	472	4,6	514	15,6
USA	79.576	9,8	2.500	17,4
Kanada	1.589	2,7	102	4,9

An Hand dieser Tabelle ist ersichtlich, daß beispielweise sowohl die Schweiz (10% des Budget) als auch Schweden (17% des Budget) bei wesentlich höherem Bruttonationalprodukt entscheidend größere Ausgaben in die Rüstung hineinstecken. Diese Zahlen und ihre Größenordnung zeigen, daß in diesen Ländern die marxistischen Aussagen bezüglich des "Be-

lebungseffektes der kapitalistischen Wirtschaft" durch die Militärausgaben berechtigt sind (siehe auch IDK-Dokumentation "Jugend gegen Kriegsdienst" Seite 13). In Österreich als Ausnahmefall gilt dies nur in sehr eingeschränktem Maßstab. Einerseits durch das Fehlen großer Rüstungskonzerne (während, um beim Beispiel Schweiz und Schweden zu bleiben, die Rüstungskonzerne in diesen Staaten zu den größten und kapitalreichsten ihrer Staaten zählen. Hier wirkt sich die risiko- und konkurrenzlose Profitproduktion immens aus), andererseits durch zu geringe Ausgaben (trotz Milliardenbeträge) aufgezeigt wird. Es handelt sich hierbei um Zahlen aus dem Jahre 1967, doch hat sich an der prozentuellen Verteilung bis heute nichts wesentliches geändert.



Die Aufwandskredite stellen jenen Betrag dar, der unmittelbar in die Rüstungsindustrie (sowohl In- als auch Ausland) fließt.

Tabelle III - Ausgaben des Ressort Landesverteidigung

1. Ausgaben des Bundesministerium:

Personalaufwand	S	81,368.000,--
Verwaltungsaufwand	S	10,198.000,--
Anlagen	S	495.000,--
Bezugsvorschüsse	S	16,006.000,--
Förderungsausgaben	S	3,589.000,--
Aufwandkredite	S	15.000,--

2. Aufwand für Heer und Heeresverwaltung:

Personalaufwand	S	1.086,668.000,--
Verwaltungsaufwand	S	192,088.000,--
Anlagen	S	247,948.000,--
Aufwandskredite (gesetzl. Verpfl.)	S	322,693.000,--
Aufwandskredite	S	1.002,039.000,--

Diese Zahlen zeigen, daß für Personalaufwand (dieser Betrag, der zur Reproduktion der Arbeitskraft dient, wäre auch ohne Heer notwendig) und Verwaltungskosten ungefähr 66 % der Finanzen aufgehen. Das bedeutet also, daß nur 1/3 der Heeresausgaben für Waffenkauf usw. verwendet, oder besser gesagt vergeudet wird. Immerhin handelt es sich um einen imposanten Betrag, der anders verwendet gewisse Mißstände z.B. auf dem Gesundheits- und Bildungswesen beseitigen könnte, aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung weder in konjunkturpolitischer noch in der Investitionspolitik des kapitalistischen Österreichs von entscheidender Wirksamkeit ist. Dieses Ergebnis gilt für die unmittelbaren finanziellen Ausgaben seitens des Heeres. Es ist jedoch noch ein weiterer wichtiger Faktor zu untersuchen und in unseren Überlegungen mit einzubeziehen:

B) Vergeudung und Bindung von Arbeitskräften seitens des Heers

Fast sämtliche im Bundesheer gebundenen Kärftle werden aus dem produktiven Bereich der Wirtschaft gezogen. In einer seiner ersten Reden als frisch gebackener Bürgermeister Wiens hat Slavik an seine "Wienerinnen und Wiener" appelliert "nett" zu den Gastarbeitern zu sein. Gelingt es

nicht zehntausende Gastarbeiter (oft unter den unmenschlichsten Bedingungen) in Wien zu binden, so entstände der österreichischen Wirtschaft ein nicht unbeträchtlicher Schaden. Während also in den meisten anderen kapitalistischen Staaten (siehe dazu Tabelle II) die Bindung von einem größeren Teil von Menschen im Militär (hier ist die Schweiz ein extremer Ausnahmefall) eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit verhindert und dadurch eine teilweise "Vollbeschäftigung" ermöglicht (wodurch ein Element der "Aufrechterhaltung der Ruhe" und der Stabilisierung des Systems erreicht ist), gilt auch das nur für Österreich bedingt. Dennoch muß die Tatsache festgehalten werden, daß 50.000 Personen (2.000 Beamte im Verteidigungsministerium, 10.000 Zivilisten in den diversen Kasernen und Truppenübungsplätzen 30.000 dienstverpflichtete Soldaten und der Rest längerdienende Chargen, Unteroffiziere und Offiziere) ans Heer gebunden sind und dadurch ein gewisses Jonglieren mit der Arbeitslosigkeit ermöglicht wird.

Eine territorial beschränkte Rolle spielt das Bundesheer noch für die sogenannten Garnisonsstädte, doch muß auch hier bedacht werden, daß die tausenden Menschen auch wenn sie keine Soldaten wären Umsätze tätigen müßten, so daß dies für die Gesamt-

wirtschaft kaum berücksichtigt werden muß.

Die angeführten Faktoren zeigen, daß es bei uns im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Staaten möglich ist, ohne größere wirtschaftliche Schwierigkeiten auch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das Bundesheer aufzulösen. Wir können also auf ökonomischen Gebiet darlegen, daß das Bundesheer als "wirtschaftsbelebendes" Element überflüssig ist. (Der juristische und völkerrechtliche Beweis für die die Überflüssigkeit des österreichischen Bundesheeres wird auch noch zu erbringen sein).

Daraus ergeben sich die Konsequenzen, daß die an der Existenz des Heeres interessierten Kräfte dies in erster Linie auf zweierlei Motive zurückführen. Erstens geht es ihnen darum im Ernstfalle mit Hilfe des Heeres die "innere Ruhe und Ordnung" (selbstverständlich die Ordnung die sie meinen) aufrecht zu erhalten und zweitens eine Schule der Untertanen und des Obrigkeitsstaates zu führen. Es ist daher nicht von ungefähr, daß in Österreich nur der Beamter werden kann, der die Schule des Untertanengeistes erfolgreich und gehorsam überstanden hat.

Mir ist bewußt, daß eine Reihe von Faktoren entweder zu oberflächlich oder überhaupt nicht behandelt wurden, dennoch hoffe ich mit diesem Beitrag einen Anstoß zu geben, daß einige der jüngeren marxistischen Ökonomen eine Studie über diese Fragen erarbeiten. Dies wäre eine Garantie auch auf diesem Gebiet an Hand von unleugbaren Tatsachen marxistische Politik in Sachen "Bundesheer" zu betreiben.

Hans Margulies



1. Mai Tag der Solidarität

1971 Jahr des 7. Bundeskongresses

des ÖGB

Starke Gewerkschaften haben für die Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten viel erreicht:

höhere Löhne, längeren Urlaub, etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Erreichte muß gesichert und ausgebaut werden:

Vollbeschäftigung, entsprechender Anteil am Sozialprodukt, mehr Mitbestimmung im Betrieb, Vermenschlichung des Arbeitsplatzes, größerer Schutz des Konsumenten.

ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Gewerkschaft
der Privatangestellten
Gewerkschaft der
öffentlich Bediensteten
Gewerkschaft der
Gemeindebediensteten
Gewerkschaft
Kunst und freie Berufe
Gewerkschaft der
Bau- und Holzarbeiter
Gewerkschaft der
Chemiearbeiter
Gewerkschaft
der Eisenbahner
Gewerkschaft
Druck und Papier



Gewerkschaft
Handel, Transport und Verkehr
Gewerkschaft gast-
gewerblicher Arbeitnehmer
Gewerkschaft der
Arbeiter in der Land-
und Forstwirtschaft
Gewerkschaft der Lebens-
und Genußmittelarbeiter
Gewerkschaft der
Metall- und Bergarbeiter
Gewerkschaft der
Textil-, Bekleidungs-
und Lederarbeiter
Gewerkschaft der Post-
und Telegraphenbediensteten
Gewerkschaft
persönlicher Dienst

